

Niederschrift

über die 018. (FiWi) öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 02.12.2009
Sitzungsort: Rathaus Heidmühle, Oldenburger Str. 29
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 17:57 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende/r Horst-Dieter Freygang

Ausschussmitglieder Peter Eggerichs
Axel Homfeldt
Dieter Köhn
Susanne Riemer
Mike Schauderna
Manfred Schmitz
Wilfried Sutorius
Henrik Ufken

Grundmandat Heinz Knefelkamp

Gäste RM Peter Gamperl
RM Utta Schüder

Von der Verwaltung nehmen teil: Bürgermeister Gerhard Böhling
VA Winfried Schulte
StAR Elke Idel

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wird festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 16. 09. 2009 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

6. 4. Finanzbericht 2009 - BB 61 - Allgemeine Finanzwirtschaft
SV-Nr. 06//0656

VA Schulte erläutert die Berichtsvorlage und ergänzt, dass Ziffer 2.1 Budget Vermögen wie folgt zu korrigieren ist:

Budget 61 - Vermögen	aktuelles Anordnungs-soll 2009	Haushalts-ansatz (nach HH-Plan 2009)	Prognose	Veränderung HH-Ansatz zu Prognose
Einnahmen	517.933 €	2.982.100 €	2.967.500 €	-14.600 €
Ausgaben	635.124 €	844.100 €	829.500 €	-14.600 €
	-117.192 €	2.138.000 €	2.138.000 €	0 €

(Änderungen in fett und kursiv.)

Auf Nachfrage von RM Eggerichs teilt er mit, dass keine Budgetänderung eintritt, da sich lediglich die Masse der Mindestzuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt durch die Änderung der Tilgungsleistungen ändert.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

7. Festlegung der Ziele und Kennzahlen für den Fachbereich 11 Finanzen - Budget 11 **SV-Nr. 06//0653**

VA Schulte erläutert den Vorschlag der Verwaltung im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung.

Auf Nachfrage von RM Ufken zum Zeitpunkt der Fertigstellung wird mitgeteilt, dass nicht zugesagt werden kann, diese eher vorzulegen, da noch weitere Aufgaben im Fachbereich zu erledigen sind. Weiterhin wird die Leitlinie in Zusammenarbeit mit dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss erarbeitet.

RM Eggerichs begrüßt den Vorschlag. Hier ist insbesondere wünschenswert, eine Vergleichbarkeit der Förderungen hinsichtlich der Höhe zu erreichen.

RM Homfeldt wünscht sich für das nächste Jahr mehr Mut zu ambitionierteren Zielen.

RM Freygang verweist darauf, dass die Ziele eine Herausforderung für die Mitarbeiter sein sollen.

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Für das wesentliche Produkt Förderung der Wirtschaft des Teilhaushaltes 11 Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung wird das Ziel und die Kennzahl für das Jahr 2010 wie folgt festgelegt:

Ziel:

Verbesserung der Kriterien zur Förderung von Firmenansiedlungen

Kennzahl:

Bis 30.09.2010 wird eine interne Leitlinie mit Kriterien und Punktesystem zur Beurteilung von förderfähigen Investitionsvorhaben entwickelt.

8. Festlegung der Ziele und Kennzahlen für den Fachbereich 11 Finanzen - Budget 61 **SV-Nr. 06//0654**

VA Schulte erläutert den Vorschlag der Verwaltung.

BM Böhling ergänzt, dass die Neufassung der Satzung insbesondere zu mehr Steuergerechtigkeit führen soll. Weiterhin verweist er darauf, dass die Discothek in Schortens steuerbefreit ist und es sich bei der Änderung insbesondere um die Geld- und Glückspielautomaten handelt.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Für das wesentliche Produkt Steuern, Allgemeine Zuweisungen und Umlagen des Teilhaushaltes 61 Allgemeine Finanzwirtschaft wird das Ziel und die Kennzahl für das Jahr 2010 wie folgt festgelegt:

Ziel:

Neufassung der Vergnügungssteuersatzung

Kennzahl:

Bis 30.09.2010 wird die Vergnügungssteuersatzung neu gefasst.

9. Eckwerte Teilhaushalt 11 - Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung **SV-Nr. 06//0657**

VA Schulte erläutert den Beschlussvorschlag.

RM Homfeldt verweist darauf, dass die Rechtsform des Fachbereiches Marketing noch geprüft werden muss und beantragt, die Familienförderung für zwei weitere Jahre, d.h. bis 31.12.2011, zu verlängern.

RM Eggerichs fragt an, ob der Etat für Marketingmaßnahmen in Höhe von 100.000,00 Euro bei Gründung einer GmbH an diese zu Beginn des Jahres 2010 ausgezahlt werden darf, da es sich bei diesen Mitteln um freiwillige Leistungen handelt und zunächst von einer vorläufigen Haushaltsführung auszugehen ist. VA Schulte erläutert, dass es sich bei Abschluss entsprechender Vereinbarungen um eine Pflichtaufgabe handelt.

Weiterhin verweist RM Eggerichs auf die Höhe des Marketingetats, da im Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus einvernehmlich über eine Kürzung des Etats auf 75.000,00 Euro gesprochen würde. Dieses könne allerdings auch noch im Rahmen der Haushaltsberatungen im Januar 2010 geändert werden. Weiterhin fragt er nach den Zuständigkeiten für die Wahrnehmung der Wirtschaftsförderung innerhalb der Stadtverwaltung.

BM Böhling erläutert hierzu, dass der Fachbereich Marketing die Akquise übernimmt, beim Fachbereich Finanzen der entsprechende Etat verwaltet wird und der Bürgermeister gemeinsam den Vorgenannten die abschließenden Entscheidungen für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorbereitet.

RM Eggerichs weist darauf hin, dass in jedem Fall der Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu beteiligen ist. Im Bedarfsfall muss bei Eilbedürftigkeit eine Sondersitzung einberufen werden.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Die Richtlinie zur Familienförderung beim Kauf von Baugrundstücken für selbst genutzte Wohnhäuser wird bis 31.12.2011 unter Zurverfügungstellung entsprechender Haushaltsmittel verlängert.

Bei einer Enthaltung wird mehrheitlich empfohlen:

Budget Verwaltung

Der Eckwert für das Budget Verwaltung wird für Jahr 2010 auf 528.500 € (Überschuss) festgesetzt.

Budget Vermögen

Der Eckwert für das Budget Vermögen wird für 2010 auf 286.500 € Zuschuss festgesetzt.

(Anmerkung der Verwaltung:

Der Zuschussbedarf des Budget Vermögen wurde wegen der Fortführung der Familienförderung um 9.000,00 Euro erhöht.)

10. Eckwerte Haushalt 2010 und Haushaltssicherungskonzept 1. Entwurf
SV-Nr. 06//0658

VA Schulte erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass es Änderungen durch Verschiebungen im Budgetbereich 13 gegeben hat. Dieses ist der

Niederschrift als Anlage beigefügt. Weiterhin teilt er mit, dass eine globale Kürzung von 5% bei den vorgeschlagenen Positionen zu einer Einsparung von 132.000,00 Euro führt.

RM Homfeldt beantragt neben einer 10%igen Kürzung bei den vorgeschlagenen Positionen zu prüfen, ob bei den freiwilligen Leistungen und bei dem Zuschussbedarf der öffentlichen Einrichtungen eine lineare Kürzung von 10% im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes grundsätzlich möglich ist. Er verweist darauf, dass die öffentliche Hand wie ein Privathaushalt nicht mehr Geld ausgeben kann, als zur Verfügung steht.

RM Eggerichs betont, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handelt und auch die Einnahmen mit berücksichtigt werden müssen.

RM Schauderna lehnt den Antrag ab, da die Finanzprobleme nicht durch die Kommunen verursacht sind. Schortens stehe vergleichsweise noch gut da.

BM Böhling verweist darauf, dass dies zwar richtig ist, aber es letztlich unerheblich ist, wer diese Situation verursacht hat. Auch Bund und Land helfen nicht weiter - wenn sich die Kommune nicht selber hilft, tut es keiner. Es muss überprüft werden, ob Einnahmen erhöht werden können. Eine Umsetzung kann voraussichtlich erst 2011 oder aber in einem Nachtrag erfolgen.

Es wird bei einer Gegenstimme empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes beauftragt zu prüfen, ob bei den freiwilligen Leistungen und bei dem Zuschussbedarf der öffentlichen Einrichtungen eine lineare Kürzung von 10% möglich ist.

Es wird bei einer Gegenstimme empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

1. Budgetverteilung

Die Budgets werden nach den mit Ratsbeschluss vom 29.04.2009 beschlossenen Teilhaushalten gebildet.

Budget Verwaltung – Anlage 1

Nach den Eckwertgrundlagen ergibt sich ein struktureller Fehlbedarf von 2.197.400 €

Als Ziel wird beschlossen, diesen Fehlbedarf durch Einsparungen bei den Fachbereichsbudgets und Einnahmeverbesserungen weitestgehend zu verringern.

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Globalkürzung der laufenden Ausgaben bei den Gliederungen

500000	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen einschl. 675000 Bauhofleistungen,
510000	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens einschl. 675000 Bauhofleistungen,
520000	Unterhaltung und Beschaffung von Gegenständen einschl. 675000 Bauhofleistungen,
650000- 659900	Geschäftsausgaben

von mindestens 10% zu den weiteren Haushaltsberatungen vorzulegen.

Budget Vermögen -Anlage 2

Die in der Anlage 1 aufgeführten Investitionsmaßnahmen sollen durchgeführt werden. Hierzu ist eine Kreditermächtigung von 1.295.800 € in den Haushalt 2010 einzustellen.

11. Konzessionsvertrag Gas und Strom **SV-Nr. 06//0633**

BM Böhling erläutert den Beschlussvorschlag, der den Weg für einen neuen Vertrag oder anderen Partner möglich macht. Auf Kreisebene wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Weiterhin kooperiert die Stadt in diesem Punkt mit der Gemeinde Wangerland. Ziel ist neben der Erzielung von Mehreinnahmen für den städtischen Haushalt in erster Linie eine kostengünstige Energieversorgung für unsere Bürger.

RM Homfeldt beantragt eine Abänderung des Beschlussvorschlages dahingehend, dass der Bürgermeister zunächst beauftragt wird, das Verfahren „einzuleiten“ und Kooperationen mit anderen Kommunen „zu prüfen“. Diesem wird einvernehmlich zugestimmt.

RM Eggerichs bittet um laufende Berichte im Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Weiterhin möchte er gern einen Erfahrungsbericht anderer Kommunen.

BM Böhling bietet hierzu an, ggfls. eine andere Kommune zu besuchen. Bei der komplexen Rechtsmaterie wird auch fachliche Hilfe von Externen in Anspruch genommen werden müssen.

RM Schüder weist als Gast darauf hin, dass vor zwei Jahren bereits ein entsprechender Antrag von ihrer Fraktion gestellt wurde.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Die Veröffentlichung über das Auslaufen des Konzessionsvertrages mit der EWE zum 15.12.2012 wird im Bundesanzeiger bekannt gemacht. Es soll nach Ablauf des bestehenden Konzessionsvertrages ein neuer Konzessionsvertrag mit 20-jähriger Laufzeit abgeschlossen werden oder alternativ eine gesellschaftsrechtliche Lösung mit einem Partner für die künftige Versorgung mit Energie gefunden werden. Interessenten sollen ihre schriftliche Bewerbung bis 3 Monate nach Erscheinungsdatum des Bundesanzeigers aufgeben.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Verfahren entsprechend § 46 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz vorzubereiten. Die Kooperation mit der Gemeinde Wangerland und weiterer friesländischen Kommunen wird geprüft.

12. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen gestellt.